



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/285 - 16. Dezember 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a Aufklärung dringend notwendig!
Zuständige Bundestagsausschüsse müssen über Pariser Kon- 49
ferenzverlauf so schnell wie möglich unterrichtet werden

Von * * *

1a Das Urteil von Jerusalem
Eine Mahnung für die ganze Menschheit

* * *
* * *

Deutschland im Spiegel der Anderen

Unsere Auslandskorrespondenten berichten

2 USA: Westliche Positionen werden nicht preisgegeben 55
 Von unserem Korrespondenten in den USA

3 "Von Algerien nach Berlin" 34
 Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

4 Sympathie - aber Zurückhaltung 47
 Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

5 Athen: Berlin - Spiegelbild der eigenen Tragik 47
 Von Dr. Basil Mathiopoulos

6 Belgrads Deutschlandpolitik 41
 Von Harry Schleicher

7 Verbundenheit und Sympathie 40
 Von Karl Franta - Wien

* * * *
* * *

Aufklärung dringend notwendig

Zuständige Bundestagsausschüsse müssen über Pariser Konferenzverlauf so schnell wie möglich unterrichtet werden

Von * * *

Es ist verständlich, wenn man sich jetzt besonders in Bonn fragt, warum Bundesverteidigungsminister Strauß am Donnerstag in Paris plötzlich die Atomwaffen-Diskussion wieder in Gang brachte. Jedermann weiß, wie schwierig es angesichts der zahlreichen Meinungsverschiedenheiten - außer in der Berlinfrage - war, die gemeinsame Linie der westlichen Alliierten herauszuarbeiten. Peinlichst würde die Vertiefung von Diskussionen vermieden, bei denen der eine oder andere NATO-Partner befürchten mußte, daß "endgültige Entscheidungen" den Weg für weitere Verhandlungen verbauen könnte.

Daß Strauß und Schröder das Gegenteil taten, trotzdem schon zu Beginn der Konferenzwoche zwischen den westlichen Außenministern das Atomwaffen-Thema als "Tabu" erklärt worden war, bedarf einer gründlichen Untersuchung.

In der Zwischenzeit haben offizielle und offiziöse Sprecher der Bundesregierung den Atomwaffen-Eifer der Minister etwas gedämpft. "Man" hat durchblicken lassen, Strauß wollte nur ein Thema "warm" halten, das ohnehin im kommenden Jahre unter den Militärexperten der NATO-Mitgliederstaaten diskutiert werden müsse.

Die von Herrn Schröder hierbei übernommene Rolle ist vielleicht weniger undurchsichtig als man annimmt. Der neue Bundesaußenminister bewegte sich auf dem ihm ungewohnten Parkett mit einer verständlichen Unsicherheit, die in der entscheidenden Situation ihren sichtbarsten Ausdruck in der Anlehnung an Herrn Strauß fand. Sollte sich jedoch die in deutschen diplomatischen Kreisen in Umlauf gesetzte Version bewahrheiten, Herr Schröder habe in der Atomwaffen-Frage nicht einmal die Generale Heusinger und Speidel konsultiert, dann würde dies auf die Atmosphäre in der bundesrepublikanischen Delegation ein bezeichnendes Licht werfen.

Nun wird der französische Verteidigungsminister Messmer auf Einladung von Herrn Strauß am 21. Dezember nach Bonn kommen, um hier mit seinen Kollegen die weitere westeuropäische Verteidigungsplanung zu besprechen. Im Bonner Auswärtigen Amt hört man hierzu, Herr Strauß wolle den französischen Verteidigungsminister für seine speziellen Atomwaffen-Pläne gewinnen und rechne hierbei damit, daß die "eigene französische Atomwaffe" unter Umständen auch der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden könnte, ohne daß Amerikaner und Engländer in der Lage wären, ihr Veto dagegen einzulegen. Merkwürdigerweise ist nämlich eine Rede des französischen Ministerpräsidenten Debré vor dem Senat am Dienstag fast völlig in der deutschen Presse ignoriert worden.

Herr Debré erklärte dort, Frankreich brauche zuerst eine starke nationale Armee, bevor es sich auf größere Integrationspläne einlasse. Die Amerikaner waren über diese Rede sehr verärgert, zumal sie zu diesem Zeitpunkt schon damit rechnen mußten, daß Frankreich die Überfliegung seines Luftraumes durch UNO-Flugzeuge in Richtung Katanga verbieten werde.

Alle diese Vorgänge sind so unklar, daß die zuständigen Ausschüsse des Bundestages nicht schnell genug zusammentreten können, um sich ein deutliches Bild von dem Konferenzverlauf in Paris und besonders von den militärischen Absichten des Herrn Strauß zu verschaffen.

+ + +

Der Urteilspruch

sp - Es mag vielleicht hier und da Stimmen geben, die im Urteilspruch des Jerusalemer Bezirksgerichts gegen den ehemaligen SS-Sturmbannführer Eichmann den Abschluß einer der schrecklichsten Epochen deutscher Geschichte sehen. Sie wären im Unrecht. Der Prozeß, der der historischen Klärung des furchtbaren Schicksals galt, das das Dritte Reich den Juden Europas bereitete, ist eine Mahnung an die lebenden und künftigen Generationen, alle Kräfte aufzubieten, auf daß sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen mögen. In der Person Eichmanns haben wir und die Menschheit erfahren, wozu der Mensch durch ein ruchloses, jedes sittlichen Gehalts mangelndes System mißbraucht werden kann. Schauerliche Abgründe haben sich in diesem Prozeß, der weltgeschichtliche Bedeutung bekam, aufgetan. In normalen Zeiten wäre Eichmann ein subalternen Beamter geblieben, einer von Ungezählten, die sich durch nichts aus der Masse hervorheben. Die staatlich organisierte Barbarei gab ihm die Mittel und die Möglichkeiten, das düsterste Kapitel der deutschen Geschichte mit Taten zu füllen, die menschliche Vorstellungskraft überschreiten. Er wurde das willige Werkzeug eines verblendeten, aus dem Bösen geborenen und für das Böse wirkende Regime, und er kannte nur den Gehorsam. Er empfand und empfindet nicht einmal Reue, das Verbrecherische seines Tuns wurde ihm nicht offenbar. Der Mensch Eichmann war und ist schon lange tot, noch ehe der Strick seiner physischen Existenz ein Ende bereiten wird.

Das Bezirksgericht von Jerusalem widerstand der Versuchung, die Anklage gegen einen der willigsten Schergen des Dritten Reiches in eine Anklage gegen das ganze deutsche Volk umzumünzen. Es hat durch seine faire Prozeßführung dazu beigetragen, eine Welle der Besinnung und inneren Einkehr bei allen Menschen auszulösen, die wissen, wie gefährdet der Mensch in unserem Zeitalter ist. Die Mahnung von Jerusalem wird nicht ungehört verhallen.

+ + +

USA: Westliche Positionen werden nicht preisgegeben

Von unserem Korrespondenten in den USA

Es ist den Amerikanern nicht an der Wiege gesungen worden, eines Tages federführend in der politischen Behandlung eines Krisenthemas zu sein, das sich viele Tausende Kilometer von ihren Küsten entfernt abspielt, von dessen Bedeutung und Komplexheit sie sich nur mühsam eine Vorstellung machen können, und das sie zu so unwahrscheinlichen Folgen zwingt, wie mitten im Frieden - oder jedenfalls nicht im Krieg - die militärische Verantwortung für eine Autostraße, eine Straßenkreuzung mitten in einer fernen Großstadt oder für die persönliche Sicherheit eines über eine Mauer gesprungenen Flüchtlings zu übernehmen. Und doch ist das mit der unbarmherzigen Zwangsläufigkeit einer Griechischen Tragödie geschehen, man kann sich nicht dagegen wehren, und man mußte sich daran gewöhnen. Dieser unbarmherzige Ablauf der Weltgeschichte hat die USA, ursprünglich nur eine von vier Garantemächten des deutschen Nachkriegsstatuts, in die Position des Garanten Nummer Eins der Freiheit versetzt, und so findet sich Amerika mit einer Bürde belastet, einer politischen, moralischen, juristischen, humanitären, ökonomischen und vor allem jetzt auch militärischen, die vor sechzehn Jahren, am Tage des Kriegsendes, in keiner Weise auch nur im entferntesten vorauszusehen war.

Die Amerikaner haben aus dieser Not eine Tugend gemacht, und sie haben sich im allgemeinen mannhaft in dieser ihnen aufgezwungenen Lage bewährt. Es ist ein Glück, daß der alte Isolationismus, der sich früher so oft amerikanischer Verpflichtungen jenseits der Landesgrenzen in den Weg gestellt hat, heute keine politische Kraft mehr darstellt. Ganz von selbst hat sich eine allgemeine Haltung durchgesetzt, die die amerikanischen Verpflichtungen in Deutschland und Berlin als selbstverständlich hinnimmt - ohne Begeisterung aber auch ohne Protest.

Amerika ist heute wie schon seit einigen Jahren der große politische Gegenpol der Sowjetunion, und die breite Öffentlichkeit findet das vollkommen richtig - oder nimmt gar eine noch schärfere Haltung ein als die Regierung. Aus diesem Grunde ist sie allen Gedanken eines schwächlichen Kuhhandels über Berlin, eines Nachgebens oder gar Preisgebens wesentlicher Positionen oder einer Kapitulation "Münchener" Stils vor der Sowjetunion gründlichst abgeneigt, vermutlich in dieser Hinsicht entschlossener und abwehrwilliger als jedes andere Volk auf Erden. Sogar die Bürde verlängerter militärischer Dienstpflicht und erhöhter Rüstungsausgaben nimmt man ohne allzuviel Murren dafür in Kauf.

Dennoch ist ein wichtiger Punkt da, den man nicht vergessen darf. Amerika steht treu zur Bundesrepublik und zu Berlin, - aber nur solange Deutschland seinerseits treu zum Westen steht. Eine "Schaukelpolitik" Bismarck'schen Stils, ein neues "Rapallo" mit der Sowjetunion, eine Politik des lachenden Dritten zwischen Ost und West, wie sie einigen Deutschen immer noch vorschwebt, würde in Amerika sehr, sehr ernst genommen werden und die Amerikaner zu einer Revision ihrer Politik veranlassen. Das Gleiche würde auch eintreffen, wenn Deutschland seine demokratische Verfassung und seinen demokratischen Lebensstil an den Nagel hängen sollte, damit den gelegentlichen Warnern recht gebend, die immer noch behaupten, eine Neuaufgabe des "Dritten Reiches" sei möglich oder gar wahrscheinlich, und die deutsche Demokratie sitze noch längst nicht fest im Sattel. Die Schwarzseher einer solchen Entwicklung ins Unrecht zu versetzen ist daher nicht zuletzt eine große Aufgabe deutscher Staatsmannkunst, sie wäre geeignet, die amerikanische Politik der Sympathie für Deutschland und der Solidarität mit Deutschland weiter zu festigen.

"Von Algerien nach Berlin"

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Frankreich hat 1961 zum ersten Mal seit vielen Jahren versucht, sich vom algerischen Alptraum abzuwenden und langsam europäischen Problemen zuzukehren, insbesondere dem deutschen Problem, das durch die Berlinkrise im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht. Die Verlegung französischer Elitetruppen von Algerien nach Ostfrankreich und Deutschland ist die praktische Bestätigung einer politischen und militärischen Strategie, die General de Gaulle in mehreren Reden verkündet hat. Im Gegensatz zu den West-Alliierten lehnt es der französische Präsident-General bekanntlich ab, mit Moskau "unter dem Druck der Drohungen" in Verhandlungen einzutreten.

De Gaulles Taktik erklärt sich aus seiner jahrelangen Strategie. Als letzter regierender Staatsmann des zweiten Weltkrieges hält er an dessen Ergebnissen hartnäckig fest. Das gilt allerdings nicht nur für die Rechte der Westalliierten in Berlin, sondern auch für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen de Gaulle und den Anglo-Amerikanern bedeuten durchaus nicht, daß der französische Staatschef "deutscher als die Deutschen" ist, wie man es scherzweise gesagt hat. Falls Chruschtschow auf seine Drohungen in Berlin verzichtet, wäre Frankreich wahrscheinlich zu weitgehenden Zugeständnissen an die sowjetischen Thesen bezüglich der deutschen Ostgrenzen bereit.

Die Umstellung der französischen Militär- und Außenpolitik von afrikanischen auf europäische Perspektiven begegnet starken Widerständen im eigenen Lande. Die innenpolitischen Gefahren lasten schwer auf der gesamten Außenpolitik und führen zu Kurzschlüssen oder Übertreibungen auf diplomatischer Ebene. Die Rechtsopposition betrachtet nach wie vor den Algerienkrieg als ausschlaggebenden Frontabschnitt im Kampf gegen den Kommunismus und will de Gaulle wegen seiner Verhandlungen mit der PLO, als "Landesverräter" beseitigen. Die Linksoption begrüßt die Freigabe Nordafrikas, kritisiert aber die Großmachtallüren.

So liegt an dieser Jahreswende auf Frankreichs Deutschland- und Europapolitik immer noch der Schatten des nordafrikanischen Krieges und der innenpolitischen Putschgefahr.

* * *

Sympathie - aber Zurückhaltung

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raston

Die Teilung Europas nach dem Kriege ist die praktisch-politische und für lange Zeit unabänderliche Tatsache, die das Verhalten der skandinavischen Staaten gegenüber Deutschland bestimmt. Wirtschaftlich kam die Annäherung der nordischen Länder an die Bundesrepublik sehr schnell, und bald folgte der große Fremdenverkehrsstrom in beiden Richtungen. Auf dem kulturellen Sektor zögerten Norweger und Dänen die engeren Kontakte anzuknüpfen, und wenn auch erfreulicherweise in den letzten Jahren nicht wenige Bücher der westdeutschen Nachkriegsliteratur, besonders Zeitromane von Autoren der "Gruppe 47", ins skandinavische übersetzt wurden, merkt man immer noch eine gewisse Zurückhaltung, die nicht nur durch die Erinnerungen an die Besatzungszeit wach gehalten wird. Es besteht bei vielen Intellektuellen wie unter den Politikern und bei dem "Mann auf der Straße" eine gewisse Skepsis in Bezug auf die Art der demokratischen Entfaltungen in Westdeutschland. Man empfindet es insbesondere als eine grundsätzliche Schwäche im westdeutschen Staats- und Parteiensystem, daß die Wechselbarkeit der Regierungen, die für die Skandinavier ein wichtiges Kriterium der Demokratie darstellt, sich noch nicht in der Bundesrepublik durchgesetzt hat, obwohl die Bundestagswahlen vom 17. September diese Möglichkeit bot. Auch in bürgerlichen Kreisen Skandinaviens wird mehr und mehr bedauert, daß die sozialdemokratische Partei trotz ihres eindrucksvollen Stimmenzuwachses nicht Mitträger der Regierungsverantwortung in Bonn ist.

Die militärische Zusammenarbeit Dänemarks und Norwegens mit der Bundesrepublik innerhalb der NATO wird von den Regierungen und der Presse als eine Notwendigkeit angesehen. Gefühlsmäßig wird diese Gegebenheit nicht in dem Maße unterstützt, wie es vielleicht in der offiziellen Politik den Anschein hat. Gerade die Berlinkrise und die Verstöße Moskaus im Ostseeraum haben zweierlei Stimmungen und Überlegungen wachgerufen. Die eine Stimmung ist voller menschlicher Sympathie für die Bevölkerung Westberlins und deckt sich mit der Einsicht der politischen Notwendigkeit, die Freiheit Westberlins und die Rechte der Alliierten zu verteidigen. Dabei heißt "verteidigen" im Norden, daß die Westmächte mit Moskau verhandeln sollen, um die unbedingt lebenswichtige Freiheitsrechte zu erhalten. Der Gedanke, "für Berlin zu sterben" ist für die Skandinavier fremd und unrealistisch. In vielen Kreisen sieht man mit Sorge, daß die Bundesregierung, obwohl offiziell für Verhandlungen, immer noch in der Tat so viele und nach allgemeinen skandinavischen Bräuten unerfüllbare Bedingungen aufstellt, daß Verhandlungen erschwert und fast unmöglich werden. Die kaltstaindoktrinäre Haltung der Bonner-Regierung gegenüber Polen und der Tschechoslowakei findet kaum Verständnis. Wenn hierzu noch von offizieller bundesdeutscher Seite die Forderung nach Kernwaffen und atomarem Mitbestimmungsrecht erhoben wird, erzeugt dies in weiten Kreisen der Öffentlichkeit Unlust. Eine baldige Lösung der Berlinkrise durch Verhandlungen wird in der skandinavischen Öffentlichkeit befürwortet und erwünscht, selbstverständlich auch in der Hoffnung, daß dadurch auch der Norden wieder zur Ruhe kommen würde.

* * *

Athen: Berlin - Spiegelbild der eigenen Tragik

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die Solidarität der griechischen Öffentlichkeit mit den Menschen in der deutschen Hauptstadt datiert nicht erst seit Errichtung der Mauer entlang der Sektorengrenze in Berlin. Die derzeitige Krise wird allgemein als eine besondere Nuancierung und Zuspitzung des östlichen Machtanspruches gewertet, der mit der Berlin-Blockade als einer Kette trauriger Unmenschlichkeiten eröffnet wurde. Aber gerade in jenen Tagen der ersten Einschüderung Berlins erreichte der von den Kommunisten in Griechenland entfachte Bürgerkrieg seinen Höhepunkt. Berlin und Griechenland waren gleichzeitig - wenn auch mit verschiedenen Akzenten - die ersten Opfer des Kalten Krieges. So sehen die Griechen im Geschick der westberliner Bevölkerung ein Spiegelbild ihrer eigenen Tragik. Dies schuf in der griechischen Öffentlichkeit das Bewußtsein einer tiefen emotionalen und ideellen Verbundenheit, denn beide - Berliner und Griechen - vermochten aus eigener Kraft und im Glauben an die überkommene Lebensauffassung die tödlichen Fesseln zu sprengen. Während in Griechenland die bitteren Nachkriegswunden vernarschen, vergißt man nicht die drohenden Schatten über Berlin, denn es ist in den letzten Jahren gleichsam ein neues Verhältnis zwischen den Deutschen und Griechen entstanden. Immer losgelöst von einer schwärmerischen Bewunderung der griechischen Klassiker und der humanistischen Olympier verstärkte sich das solidarische Zusammenstehen in nüchternem Beurteilen der krisenhaften Zeitgeschehen, deren lokale Zuspitzung jedem Volk - und die Berliner stehen symbolisch für das ganze deutsche Volk - zur Bewältigung aufgegeben sind.

Die Einmütigkeit der griechischen Sympathien zeigte sich in vorbehaltloser Offenheit beim Besuch des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt in Athen im November 1960. Der Sprecher Berlins fand nicht nur in offiziellen Kreisen Verständnis für die Anliegen seiner Stadt. Die Kommentare der Presse und die spontanen Kundgebungen der Bevölkerung waren mehr als eine augenblickliche Begeisterung. Es war eine Demonstration der Herzen der Griechen für die Berliner. Ebenso positiv empfand der Athener Bürgermeister Tsoukalas das Berliner Echo auf seinem Besuch im Frühjahr dieses Jahres. Politiker aller griechischen Parteien, Wissenschaftler und Journalisten besuchten besonders in den letzten Monaten die deutsche Hauptstadt. Ganz Griechenland verfolgt mit ernstem Interesse die Vorgänge in Berlin und prüft die Zukunftsaussichten der Stadt und ihrer Menschen keineswegs nur mit platonischen Gefühlen.

Der 13. August bedeutet für die Griechen - im Gegensatz vielleicht zu anderen westlichen Regionen - nicht eine aufrüttelnde Zäsur in ihrem Verhältnis zu Berlin. Die laufenden Informationen über die kommunistischen Absperrmaßnahmen werden von allen Griechen als eindcutiger Gewaltakt Ostberlins gebrandmarkt und als unverantwortliche Verletzung der grundlegenden Menschenrechte abgelehnt. Der Tenor der griechischen Reaktion liegt jedoch nicht so sehr auf dem Appell an die Festigkeit der westlichen Verbündeten - diese ist selbstverständlich -, sondern mehr im Bewundern und Anerkennen der Haltung der Berliner Bevölkerung.

Belgrafs Deutschlandpolitik

Von Harry Schleicher

Die Belgrader Deutschlandpolitik ist zwar nach der Verhaftung des jugoslawischen Staatsbürgers Vracaric in München noch um einen Grad antibundesdeutscher geworden, aber die weitgehende inhaltliche Übereinstimmung mit der Moskauer Linie war schon in den letzten anderthalb Jahren deutlich zu beobachten gewesen. Wie weit dabei Bonn selbst durch die erstmalige Anwendung der Hallstein-Doktrin - den nach Anerkennung der DDR vollzogenen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien - zu der sich immer mehr versteifenden antibundesdeutschen Haltung beitrug, ist eine zweite Frage. Wichtig ist das Ergebnis, und dieses ist, daß Belgrad unter den blockfreien Staaten immer mehr als Anwalt einer Moskau genehmen Deutschlandpolitik auftritt.

Vielen ressentimentbeladenen Jugoslawen, denen es schwerfällt, die 1,7 Millionen jugoslawischen Weltkriegstoten zu vergessen, erscheint die von der Belgrader Regierung offiziell anerkannte Existenz zweier deutscher Staaten nicht als neue mögliche Konfliktursache, sondern eine gewisse Sicherheitsgarantie. Ein zweigeteiltes Deutschland bedeutet auch für die amtliche Politik eine Halbierung der deutschen Gefährlichkeit, die man in der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik als gegeben ansieht.

Trotz aller Vorbehalte gegenüber der ostdeutschen Entwicklung - so wurde die immense Zahl der ostdeutschen Flüchtlinge in die Bundesrepublik der eigenen Öffentlichkeit niemals vorenthalten - sieht man in Pankow nicht zuletzt einen geographischen Garant, daß die friedensvertraglich ungelöste Frage der Oder-Weißer-Grenze unaktuell bleibt. Die jugoslawische Politik ist zwar nicht prinzipiell gegen eine Wiedervereinigung gerichtet, andererseits diese nur für den Fall zu unterstützen bereit, daß der zukünftige militärische Status Gesamtdeutschland den Sicherheitsvorstellungen des Landes entspricht.

Diese Anschauung hat auch Belgrafs Haltung während der Berlinkrise bestimmt. War man hierbei auch weniger konkret, neigte man doch zu der Ansicht, daß Westberlin ein "Problem" sein, wobei die Lösungsmöglichkeiten meist unangesprochen blieben. Die unpräzise Formel, jede Lösung dürfe sich nur unter Einsatz p o l i t i s c h e r Mittel, also Verhandlungen, vollziehen, bewies nur einmal mehr, daß Jugoslawien primär vom Standpunkt der eigenen Sicherheit beurteilt. Und dieser ist infolge historischer Erfahrungen und kommunistischer Ideologie eben sehr oft mit den Vorstellungen des Westens auf keinen gemeinsamen Nenner zu bringen.

* * *

Verbundenheit und Sympathie

Von Karl Franta - Wien

Die gemeinsame Sprache, die enge Nachbarschaft und die vielfältigen menschlichen und wirtschaftlichen Beziehungen haben in Österreich schon längst das Gefühl einer schicksalhaften Verbundenheit mit Deutschland auf immer lassen, einer Verbundenheit, die durch geschichtliche Tatsachen - im guten wie im bösen - bestärkt wurde. So ist es auch verständlich, daß die politischen Ereignisse in Deutschland und das Problem Berlin gerade in Österreich größtes Interesse und lebhafteste Anteilnahme gefunden haben.

Die ereignisreichen Herbstmonate des Jahres 1961 haben die österreichische Bevölkerung nicht nur überaus beunruhigt, sondern man hat aus dem Geschehen auch so manche nützliche Lehre gezogen. Vor allem wurde allgemein erkannt - was die Sozialisten wiederholt festgestellt und als einen Kernsatz auch in ihr Parteiprogramm von 1958 aufgenommen haben -, daß es ohne Überwindung der gewaltsamen Teilung Deutschlands keinen dauernden Frieden in der Welt geben kann. Nicht nur Österreich ist mit Berlin und Deutschland schicksalhaft verbunden, sondern, wenn man es richtig sieht, ganz Europa, ja die ganze Welt.

Der kommunistische Gewaltakt in Berlin sowie die sowjetischen Atombombenversuche haben die an sich schon dahinsiechende politische Kraft der österreichischen Kommunistischen Partei weiter geschwächt. Das zeigte sich nicht zuletzt in empfindlichen Einbußen bei den im Herbst durchgeführten Betriebsratswahlen.

Das Schicksal der Berliner Bevölkerung und der Flüchtlinge aus dem Ulbricht-KZ hat in Österreich, wo man in der Zeit der Besatzung einen Vorgeschmack in dieser Richtung bekommen hatte, starke Gefühlsregungen ausgelöst. Und das ist bekanntlich auch eine politische Realität. Im Zusammenhang mit all den Ereignissen aber hat man sich in Österreich wiederholt die Frage gestellt, ob die Politik der deutschen Bundesregierung bisher immer zweckmäßig war und insbesondere ob es klug war, in der angespannten Situation gegen die Sozialdemokratie zu regieren. Das wurde jedenfalls selbst von wohlmeinenden österreichischen Parteifreunden der CDU/CSU angezweifelt.

Die Bundesrepublik hat große Sympathien in Österreich; sie hätte aber noch mehr, wenn sie sich gerade in der gegenwärtigen Krisensituation an dem kleinen Nachbarland ein Beispiel nähme und zu einer loyalen Zusammenarbeit aller positiven Kräfte bereitfände.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel